

1990

März: Abzug indischer Truppen aus Sri Lanka.
November: V.P. Singh beugt sich den starken Widerständen gegen seine sozial orientierte Politik und tritt zurück. Sein Nachfolger wird Chandra Shekar.

1991

März: Chandra Shekar tritt zurück.
Mai: Attentat auf Rajiv Gandhi, während einer Wahlkampfreise im südindischen Tamil Nadu.
Lok Sabha-Wahlsieg der Congress-Partei. Premierminister wird Narashima Rao.
Indien vor der Zahlungsunfähigkeit: Import-Devisenreserven für nurmehr zwei Wochen.
Inflationsrate bei 17 Prozent, hohe Haushalts- und Auslandsverschuldung.
Manmohan Singh wird zum Finanzminister bestellt. IWF und Weltbank gewähren hohe Kredite; Beginn umfassender Wirtschaftsreformen: marktwirtschaftlich orientierte Deregulierungspolitik.

1992

Juli: Wahl des neuen Staatspräsidenten Shankar Dayal Sharma.
Dezember: Die gewaltsame Zerstörung der Babri-Moschee im nordindischen Ayodhya durch fanatisierte Hindus erzeugt eine neue Eskalation des Hindu-Muslim-Konflikts. Pogromartige Massaker an Muslimen in indischen Großstädten.

1994/95

Niederlagen der Kongreß-Partei bei zahlreichen Regionalwahlen markieren eine Wende der Parteienlandschaft in Richtung Diversifizierung.

1995

Wahlsieg der hindunationalistischen 'Shiv Sena' in Maharashtra/Bombay.
8. Gipfeltreffen der SAARC in New Delhi: 'SAPTA-Beschluß' (South Asian Preferential Trade Agreement) fördert den Integrationsprozeß der Staatengemeinschaft auf handelspolitischer Ebene.
Deutschlandreisen von Finanzminister Singh und Außenminister Mukherjee führen zum Abschluß diverser

deutsch-indischer Handels- und Wirtschaftsverträge und damit zur Intensivierung der deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen.

1996

April/Mai: Lok Sabha-Wahl macht die hindu-nationale 'Bharatiya Janata Party' zur stärksten Partei; starke Mandats-Verluste der vorher regierenden Congress-Partei; BJP-Kandidat Atal Behari Vajpayee wird Premierminister; nach 13 Tagen Amtszeit tritt er wegen mangelnder Mehrheit in der Lok Sabha zurück.
Die 'United Front' - ein 13-Parteien-Zusammenschluß aus Janata Dal und zahlreichen Regionalparteien - erreicht eine Parlamentsmehrheit und schmiedet eine Regierungskoalition, unter Tolerierung der Congress-Partei, und wählt H.D. Deve Gowda zum neuen Premierminister.
Oktober: Seit fast zehn Jahren, die ersten freien Wahlen in Kashmir; Wahlsieg der 'National Conference'; Abdullah Farooq wird neuer Chefminister des konfliktgeschüttelten Bundesstaates.

1997

März/April: Die Congress-Partei entzieht der United Front-Regierung die Tolerierung im Parlament; Niederlage Deve Gowdas beim Mißtrauensvotum in der Lok Sabha nötigt diesen zum Rücktritt; neuer Premierminister wird der vorherige Außenminister: Inder Kumar Gujral.
April/Mai: Nach über drei Jahren, Wiederaufnahme des bilateralen Dialogs zwischen Indien und Pakistan, nacheinander auf Staatssekretärs-, Außenminister- und Regierungsebene.
Politische Klimaverbesserung eröffnet neue Chancen für den SAARC-Prozeß und die Lösung des Kashmir-Konflikts.
Juli: Mit der Wahl von K.R. Narayanan zum 11. Staatspräsidenten kommt erstmals in der Geschichte Indiens ein "Unberührbarer" in das (repräsentativ) höchste Amt.

zusammengestellt von Bernd Basting

Chronologie der Geschichte Pakistans

1947

14. August: Pakistan wird als einer der beiden Nachfolgestaaten Britisch-Indiens unabhängig. Der Führer der Muslim League, Muhammad Ali Jinnah, wird erster Generalgouverneur und Liaqat Ali Khan Premierminister. Der britische König bleibt formal Staatsoberhaupt (bis 1956). Sieben Millionen urdusprachige Muslime (Mohajir) fliehen aus Indien nach Pakistan. Ebenso viele Hindus und Sikhs müssen Pakistan verlassen. Massaker an den Flüchtlingen im Punjab mit mindestens 250.000 Toten.
Oktober: erster indisch-pakistanischer Krieg um Kaschmir.

1948

Kaschmirkonflikt vor der UNO. Verabschiedung von zwei UN-Resolutionen.
September: Tod von Jinnah (heute Nationalfeiertag). Nachfolger: Khwaja Nazimuddin.

1949

1. Januar: Waffenstillstand und Ziehung einer Kontrolllinie in Kaschmir.

1951

Liaqat Ali Khan wird ermordet. Nachfolger: Ghulam Mohammed. Der Verlust der beiden populären Staatsgründer zu diesem frühen Zeitpunkt erschwert die innenpolitische und wirtschaftliche Stabilisierung.

1953

Unruhen im Punjab. Pogrome gegen die muslimische Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft werden von der Armee niedergeschlagen. Die bis in die Gegenwart diskriminierte und verfolgte religiöse Minderheit wurde 1974 per Gesetz zu Nichtmuslimen

erklärt.

1954

Beitritt zum pro-amerikanischen Bagdad-Pakt - später CENTO (Central Treaty Organization) - und dem südostasiatischen Militärbündnis SEATO.

1955

Ghulam Mohammed stirbt. Nachfolger: Iskander Mirza.

1956

März: Erste Verfassung verabschiedet. Offizieller Staatsname: Islamische Republik Pakistan. Iskander Mirza wird in das neu geschaffene Amt des Präsidenten gewählt.

1958

Oktober: Präsident Mirza setzt Verfassung außer kraft, verhängt Kriegsrecht, entläßt die National- und Provinzregierungen, verbietet Parteien. Militärputsch durch General Ayub Khan. Einführung einer "gelenkten Demokratie", die die Artikulation des politischen Willens stark einschränkt.

1959

Islamabad soll Hauptstadt werden (bisher Karachi). 1965 zieht die Regierung in die neue Kapitale um.

1960

Indus-Wasservertrag mit Indien.

1962

Ayub Khan verkündet eine neue Verfassung, die ein autokratisches Präsidialsystem etabliert und auf großen politischen Widerstand stößt.

1965

Januar: Ayub Khan wird bei Präsidentschaftswahlen im Amt bestätigt.

September: Zweiter indisch-pakistanischer Krieg um Kaschmir.

1966

Deklaration von Taschkent zur Beilegung des Kaschmirkonflikts. Es wird ein beiderseitiger Truppenabzug hinter die international anerkannten Grenzen und die Waffenstillstandslinie von 1949 vereinbart.

1967

Der Ex-Außenminister des Ayub-Khan-Regimes, Zulfikar Ali Bhutto, gründet die Pakistan Peoples Party (PPP) und organisiert eine außerparlamentarische Massenbewegung gegen die Militärregierung.

1969

Ayub Khan wird nach anhaltenden Unruhen zum Rücktritt gezwungen; General Yahya Khan übernimmt die Macht, verhängt Kriegsrecht und schafft die Verfassung ab.

1970

November: Schwerste Sturmflutkatastrophe der Geschichte in Ostpakistan fordert eine Million Tote. Die von westpakistanischen Punjabis dominierte Verwaltung und Armee versagen, was zu einem Volksaufstand führt.

Dezember: Erste allgemeine und direkte Wahlen: Die für Autonomie Ostpakistans kämpfende Awami (=Volk) League von Mujibur Rahman gewinnt fast alle Sitze in Ostpakistan und damit die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung (160 von 300 Sitzen).

Die Pakistan Peoples Party wird mit 81 Sitzen zweitstärkste Kraft. Das Recht auf Bildung der Zentralregierung wird der Awami League verweigert.

1971

März: Die Awami League proklamiert die Unabhängigkeit Bangladeshs, was einen blutigen Bürgerkrieg mit Massakern der Armee an der Zivilbevölkerung auslöst.
Dezember: Die indische Armee greift zugunsten Bangladeshs in die Kämpfe ein und löst den dritten indisch-pakistanischen Krieg aus. Nach der pakistanischen Kapitulation Teilung Pakistans: Pakistan existiert nur noch auf dem Gebiet des bisherigen Westpakistans weiter. Yahya Khan tritt nach Protesten der Öffentlichkeit zurück und setzt Bhutto zum Präsidenten mit Kriegechts-Vollmacht ein.

1972

Januar: Austritt aus dem Commonwealth und der SEATO aus Protest gegen die Politik der westlichen und asiatischen Verbündeten während der Ostpakistan-Krise.

Juli: Unterzeichnung des Simla-Abkommens mit Indien zur Entschärfung des Kaschmirkonflikts. Die Waffenstillstandslinie von 1949 wird als Line of Actual Control die de-facto-Grenze in dem Gebiet.

1973

August: Die heute geltende Verfassung wird verabschiedet. Pakistan wird Bundesstaat: Die Provinzen haben eigene gewählte Parlamente und Regierungen. Neuer Präsident: Fazal Elahi; Z.A. Bhutto übernimmt die Ämter des Premier-, Außen- und Finanzministers. Der Ausnahmezustand bleibt bestehen. Tausende der politischen Widersacher Bhuttos verschwinden in den Jahren bis zum Machtwechsel im Gefängnis. Die oppositionellen Provinzregierungen in der North West Frontier Province und in Baluchistan werden abgesetzt.

Die Bundesregierung übernimmt die Verwaltung.

1977

März: Parlamentswahlen: Die PPP gewinnt mit überwältigender Mehrheit gegen das Neun-Parteien-Bündnis PNA. Der offensichtliche Wahlbetrug löst gewalttätige Unruhen mit mehreren hundert Toten aus.

Juli: Armeechef General Zia-ul Haq übernimmt die Macht und verhängt Kriegsrecht: Bundes- und Provinzregierungen werden abgesetzt, Nationalversammlung, Provinzparlamente und Senat aufgelöst. Politische Aktivitäten und Parteien werden verboten. Beginn einer autokratischen Militärdiktatur, die systematisch die Islamisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft fördert.

1978

Zia-ul Haq übernimmt das Amt des Präsidenten.

1979

Februar: Hudood-Ordinances: Teilweise Einführung des islamischen Strafrechts.

April: Bhutto wird hingerichtet.

Dezember: Sowjetische Truppen marschieren in Afghanistan ein.

1980

Drei Millionen Menschen fliehen vor dem Krieg in Afghanistan nach Pakistan. Bei Peshawar und Quetta entstehen riesige Flüchtlingslager. Die USA sagen umfangreiche Finanz-, Wirtschafts- und Militärhilfe zu. Der Wert dieser Leistungen beläuft sich bis 1986 auf 3,2 Milliarden US-Dollar.

1981

Februar: Gründung der Movement to Restore Democracy (MRD).

März: Die PPP-nahe militante Widerstandsorganisation Al-Zulfikar (Anführer: Murtaza Bhutto) entführt ein PIA-Flugzeug nach Kabul und preßt 55 politische Gefangene frei. Das Zia-Regime reagiert mit Massenverhaftungen von mehr als 6.000 MRD- und PPP-Politikern.

April: Die Verfassung von 1973 wird faktisch suspendiert.

1984

Dezember: Referendum über die Islamisierungspolitik Zia-ul Haqs. Das mehrheitlich positive Ergebnis wird als Votum für eine weitere fünfjährige Amtszeit des Diktators als Präsident interpretiert.

1985

Februar: Parteilose Parlamentswahlen. Zia-ul Haq ernannt Mohammad Khan Junejo zum Premierminister.

März: Wiederbelebung der - geänderten - Verfassung von 1973. Verfassungsergänzungen (Amendments) stärken die Machtposition des Präsidenten erheblich.

Dezember: Kriegsrecht wird aufgehoben. Politische Parteien dürfen unter Auflagen ihre Arbeit wieder aufnehmen. Dadurch wird die neugegründete Pakistan Muslim League

(PML) von Premier Junejo Regierungspartei.

1986

Auf dem Höhepunkt des Afghanistan-Krieges sagen die USA vier Milliarden US-Dollar Finanz- und Entwicklungshilfe zu. Knapp die Hälfte dieser Mittel wird zum Kauf von F-16-Kampfflugzeugen verwendet. Im Gegenzug erlaubt Pakistan amerikanische Waffenlieferungen an die afghanischen Rebellen.

April: Triumphale Rückkehr Benazir Bhuttos aus dem Exil.

Dezember: Erste Unruhen in Karachi zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, die bis in die Gegenwart anhalten. Insgesamt starben dabei bis August 1997 mehr als 6.500 Menschen.

1988

Mai: Präsident Zia-ul Haq erläßt die Junejo-Regierung wegen Vernachlässigung der Islamisierungspolitik und aufgrund von Meinungsverschiedenheiten in der Afghanistanpolitik.

Juni: Ein Präsidentendekret erklärt das islamische Recht der Shariah zum obersten Gesetz.

August: Zia-ul Haq kommt bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben. Unter den 30 Toten befindet sich auch die Führungsspitze der Armee und der amerikanische Botschafter. Der Senatsvorsitzende Ghulam Ishaq Khan übernimmt das Präsidentenamt und schreibt Wahlen aus.

November: Parlamentswahlen: Die PPP von Benazir Bhutto gewinnt 93 von 217 Sitzen. Das von der PML angeführte konservative Neun-Parteienbündnis Islami Jamhoori Ittehad (JI) kommt auf 54 Sitze. Als dritte Kraft etabliert sich mit 13 Sitzen die Mohajir Qaumi Movement (MQM), die 1984 gegründete Partei der urdu-sprachigen muslimischen Einwanderer aus Indien unter Führung von Altaf Hussain.

Dezember: Benazir Bhutto wird Premierministerin. Ghulam Ishaq Khan wird zum Staatsoberhaupt gewählt. Zum Jahresende Unterzeichnung eines pakistansindischen Abkommens zum beiderseitigen Verzicht auf militärische Schläge gegen Nuklearanlagen.

1989

In den Provinzen Sindh und NWFP platzen die PPP-geführten Regierungskoalitionen.

In der Nationalversammlung wechseln vier Parteien mit zusammen 26 Abgeordneten vom Regierungs- ins Oppositionslager. Ein Mißtrauensvotum gegen die Bhutto-Regierung scheidet knapp.

1990

Landesweite Protestkampagne der Opposition mit Demonstrationen und Massenkundgebungen.

August: Der Präsident entläßt die Bhutto-Regierung und alle Provinzregierungen, löst Bundes- und Provinzparlamente auf und verhängt den Ausnahmezustand.

September: Schwere indisch-pakistanische Artilleriegefechte in Kaschmir. Oktober: Die USA stoppen mit dem Hinweis auf das pakistanische Nuklearwaffenprogramm sämtliche Finanzhilfen und Waffenlieferungen.

Oktober: Bei den - massiv gefälschten - Parlamentswahlen gewinnt die IJI von Nawaz Sharif 105 von 217 Sitzen. Die PPP erhält mit ihrem Wahlbündnis Pakistan Democratic Alliance (PDA) 45 Sitze. Die MQM steigert sich auf 15 Mandate.

November: Amtsantritt von Nawaz Sharif als Premierminister. Der Ausnahmezustand wird aufgehoben.

1991

Januar/Februar: Der Ausbruch des Golfkriegs löst landesweit eine massive Protestbewegung gegen den pro-amerikanischen Kurs der Regierung aus.

Mai: Die Nationalversammlung verabschiedet die Shariah bill, die als Verfassungsergänzung den Staat dazu verpflichtet, seine Institutionen und Gesetze mit dem Islam in Einklang zu bringen.

1992

Mai: Beginn der Operation Clean-up: Nach anhaltenden Unruhen besetzt die Armee die Krisenprovinz Sindh und Karachi. Die Offensive richtet sich gegen die MQM, die für zahlreiche Morde und Folterungen von politischen Gegnern verantwortlich gemacht wird. Parteichef Altaf Hussein setzt sich nach London ab.

Juni: Aus Protest gegen die Armeekaktion legen die meisten MQM-Abgeordneten in der Nationalversammlung und im sindhischen Provinzparlament ihr Mandat nieder, was die Sharif-Regierung empfindlich schwächt.

Juli: Das Parlament beschließt eine Verschärfung der nach Artikel 295-C vorgesehenen Strafen bei Gotteslästerung und Beleidigung des Propheten. Für Blasphemie-Delikte gilt seitdem die Todesstrafe.

September: Schwere Flutkatastrophe löst eine wirtschaftliche und politische Krise aus. Das Hochwasser vernichtet rund 70 Prozent der Baumwoll- und knapp 30 Prozent der Getreideernte.

November: Beginn des "Langen Marsches" der Opposition unter der Führung von Benazir Bhutto nach Islamabad. Ziel: Sturz der Regierung mit friedlichen Mitteln.

Dezember: Die Zerstörung der Babri-Moschee im indischen Ayodhya löst landesweit blutige Pogrome an den religiösen Minderheiten aus.

1993

März: Nach dem Tod des PML-Präsidenten Junejo führt der Streit um seine Nachfolge zur Spaltung der Partei und zur Auflösung der IJI. Der Rücktritt von acht Bundesministern leitet die Entmachtung Sharifs ein.

April: Präsident Ishaq Khan entläßt wegen Mißwirtschaft, Korruption und Vetterwirtschaft die Regierung, löst die Nationalversammlung auf und beruft eine Übergangsregierung.

Mai: Durch ein spektakuläres Urteil des Supreme Court (Oberster Gerichtshof) wird Nawaz Sharif rehabilitiert und wieder als Premierminister eingesetzt.

Juli: Die Armeeführung erzwingt den Doppelrücktritt von Präsident und Premierminister, was einem Kollaps der politischen Ordnung gleichkommt. Übergangspräsident Moeen Qureshi ordnet während seines Interregnums mit Rückendeckung der Militärs auf mehreren Politikfeldern radikale Reformen an.

Oktober: Neuwahlen der Nationalversammlung: Die PPP gewinnt 86 von 217 Sitzen, der von Nawaz Sharif geführte Flügel der gespaltenen PML 72 Sitze. Die MQM boykottiert die Wahlen unter Protest gegen Repressalien durch die Armee in ihren Hochburgen Karachi und Hyderabad.

Oktober: Benazir Bhutto tritt ihre zweite Amtszeit als Premierministerin an.

November: Der PPP-Politiker Leghari wird zum Präsidenten gewählt.

1994

März: Der Zusammenbruch der Mehran Bank löst den größten Finanzskandal in der Geschichte des Landes aus. Es wird aufgedeckt, daß über das offenbar eigens zu diesem Zweck mit öffentlichen Mitteln gegründete Kreditinstitut Wahlen manipuliert, Abgeordnete aller Parteien geschmiert und Steuergelder in Milliardenhöhe auf Privatkonten von Spitzenpolitikern und des Bankdirektors abgezweigt wurden.

Dezember: Die wegen massiver Menschenrechtsverletzungen im Bürgerkriegsherd Karachi ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik getatene Armee zieht sich nach zweieinhalbjähriger Truppenpräsenz überstürzt aus der Hafenmetropole zurück, was mit mehreren hundert Toten in wenigen Wochen eine weitere Eskalation des Konflikts auslöst.

1995

Februar: In einem Blasphemie-Prozeß u.a. gegen einen minderjährigen Jungen werden zwei zuvor von einem anderen Gericht zum Tode verurteilte Christen freigesprochen und nach Deutschland ausgeflogen.

Juni: Der Bürgerkrieg in Karachi erreicht mit 320 Toten in einem Monat seinen bisher blutigsten Höhepunkt.

September: Präsident Leghari entläßt die von der PPP dominierte Koalitionsregierung der Schlüsselprovinz Punjab.

September: Mit der Verhaftung von mehr als 40 hochrangigen Offizieren wird eine Verschwörung gegen die Armeeführung aufgedeckt.

1996

Januar: Die USA heben das Waffenembargo gegenüber Pakistan auf.

September: Bei bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten in der im Grenzgebiet zu Afghanistan gelegenen Kurram Agency, bei denen Granatwerfer, Artillerie und Kurzstrek-

kenraketen zum Einsatz kommen, werden bis zu 200 Menschen getötet. Murtaza Bhutto, der ältere Bruder der Premierministerin, und sieben seiner Leibwächter werden in Karachi von einer Polizeieinheit erschossen. Die mit ihrem Bruder in einen erbitterten Machtkampf um die PPP-Führung verwickelte Benazir Bhutto und ihr Ehemann Asif Zardari geraten in Verdacht, an diesem "staatsterroristischen Akt" federführend beteiligt gewesen zu sein. Der Vorfall bietet Präsident Leghari einen Anlaß zur Amtsenthebung der Bhutto-Regierung.

November: Präsident Leghari setzt Premierministerin Bhutto und ihr Kabinett ab, löst die Nationalversammlung auf und beruft den PPP-Veteran M.Khalid zum Chef einer Übergangsregierung. Begründet wird der Schritt mit Korruption, Vetternwirtschaft, Versagen in der Wirtschaftspolitik und den extra-legalen Hinrichtungen der Sicherheitskräfte in Karachi.

1997

Februar: Bei den Neuwahlen zur Nationalversammlung verfehlt die PML

mit 134 von 217 Sitzen nur knapp eine Zweidrittelmehrheit. Die PPP erlebt mit nur 17 Sitzen ein Debakel. Dritte Kraft wird die MQM.

Amtsantritt von Nawaz Sharif als Premierminister.

April: Das Parlament beschließt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit eine Verfassungsänderung, die Zia-ul Haqs umstrittene Verfassungsmanipulationen vom März 1985 weitgehend revidieren. Die Machtfülle des Präsidenten wird dadurch erheblich beschnitten, die Position des Premierministers und des Parla-

ments entsprechend aufgewertet. Faktisch gilt seitdem wieder die Verfassung von 1973 in ihrer ursprünglichen Fassung.

August: Im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag verüben im Punjab verfeindete sunnitische und schiitische Terrorgruppen innerhalb weniger Tage mehrere Anschläge auf Moscheen, denen 28 Menschen zum Opfer fallen. Das Kabinett beschließt die Etablierung von Schnellgerichten für Terroristenprozesse.

zusammengestellt von: Jorge Scholz

Chronologie der Geschichte Bangladeshs

1971

16. Dezember: Kommandeur der pakistanischen Armee in Ostpakistan erklärt die bedingungslose Kapitulation. Etwa zwei Millionen Kriegstote. Faktische Unabhängigkeit.

1972

Januar: Mujib ur Rahman wird Staatspräsident.

Dezember: Neue Verfassung tritt in Kraft. Abu Sayeed Chowdhury wird Staatspräsident; Mujib ur Rahman Premierminister.

1973

März: Erste Parlamentswahlen: die Awami League (AL) erhält 307 der 315 Sitze.

1974

Februar: Anerkennung Bangladeshs durch Pakistan.

Juni: Nationaler Notstand wird ausgerufen; Aufhebung der Grundrechte.

September: Beitritt zur UNO.

1975

Januar: Verfassungsänderung: Ein-Parteiensystem, präsidiales System. Mujib ur Rahman (Awami League) ist Staatspräsident.

15. August: Mujib ur Rahman wird ermordet. Khondakar Mushtaque Ahmed wird Staatspräsident: Kriegsrecht, Parteienverbot, Auflösung der Einheitspartei, Inhaftierung führender Politiker.

November: Khondakar Mushtaque Ahmed wird durch Oberst Khalid Mustaraf gestürzt; Bildung einer neuen Regierung. Gegenputsch des Oberkommandos der Streitkräfte; Ermordung Mustarafs. Abu Sadat Mohammed ist Staatspräsident; Kriegsrecht.

1976

September: Parteien werden wieder zugelassen.

November: Zia ur Rahman übernimmt Amt des Hauptkriegsrechtsverwalters von Präsident Sayem.

1978

Gründung der Bangladesh Nationalist Party (BNP) unter Zia ur Rahman. Zia wird Staatspräsident.

1981

Mai: Ermordung Ziaur Rahmans.

Oktober: Mehr als 15.000 Angehörige der Chakmas, Tripuris und Moghs aus den Chittagong Hill Tracts (CHT) fliehen ins indische Tripura.

November: Abdus Sadar wird Staatspräsident.

1982

März: Machtergreifung durch Generalleutnant Hussain Muhammed Ershad: Kriegsrecht. Ashanuddin Chowdhury wird Staatspräsident.

1983/85

Demonstrationen, Streiks, das Land zwischen Lockerung und Verschärfung des Kriegsrechts. Ershad ist Staatspräsident (bis Dezember 1990).

1986

Mai: Parlamentswahlen. Jatiyo Party wird erwartungsgemäß stärkste Partei.

August: Ershad wird Vorsitzender der Jatiyo Party (JP). Ershad erhält bei der Präsidentschaftswahl 83 Prozent der Stimmen.

1988

März: Parlamentswahlen: JP erhält 252 von 300 Sitze im Parlament (Jatiya Sangsad).

Juni: Verfassungsänderung: Islam wird zur Staatsreligion.

1989

März: Autonomiegesetz für CHT.

1990

Unruhen, Streiks, Demonstrationen. Dezember: Rücktritt Ershads, Parlamentsauflösung. Shahabuddin Ahmed wird Staatspräsident (bis 15.10.91).

1991

Februar: Parlamentswahlen. BNP erhält 170 von 330 Sitzen.

März: Begum Khaleda Zia wird Premierministerin.

April: Zyklon mit Flutwelle fordert 140.000 Tote.

Juni: Ershad wird wegen Korruption zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

September: Referendum: Die überwältigende Bevölkerungsmehrheit spricht sich für die Rückkehr der par-

lamentarischen Demokratie aus.

Oktober: Verfassungsänderung. Neuer Präsident wird A.R. Biswas.

1992

März: Flüchtlingswelle aus dem benachbarten Myanmar. 150.000 Rohingya flüchten nach Bangladesh.

März/April: Ein 'Volksgerichtshof' verurteilt den Vorsitzenden der Jamaat-i-Islami, Golam Azam, zum Tode.

September: Zahl der Rohingya-Flüchtlinge steigt auf 300.000.

Anti-Terror Gesetze: Sondergerichte mit von der Regierung ernannten Richtern werden eingerichtet. Todesstrafe kann verhängt werden.

Nationalrat der BNP beschließt im Parteistatut formell die Einführung der parlamentarischen Demokratie sowie der Marktwirtschaft, statt der 'mixed economy'.

1993

November: Ein islamischer Soldatenrat verurteilt die feministische Schriftstellerin Taslima Nasreen wegen ihres Romans 'Lajja' zum Tode.

1994

ab März: Opposition boykottiert die Parlamentssitzung - Streit um 'neutral caretaker government' spitzt sich zu. Religiöse Fundamentalisten werden immer stärker und organisieren einen Generalstreik (30. Juni). Nichtregierungsorganisationen werden von islamischen Fanatikern angegriffen.

September/Oktober: Vermittlungsversuch des Commonwealth in der Fragen einer neutralen Übergangsregierung scheitert.

Dezember: 147 Oppositionspolitiker treten zurück. Zuspitzung der Krise um eine neutrale Übergangsregierung.

1995

November: Parlament wird aufgelöst.

1996

Februar: Parlamentswahlen, die von allen großen Oppositionsparteien boykottiert werden. BNP wird bei einer Wahlbeteiligung von zehn Prozent erwartungsgemäß stärkste Partei. März: Parlament beschließt 13. Verfassungsergänzung. Elfköpfige Über-

gangsregierung unter einem "Chief advisor".

Rücktritt Khaleda Zias, Parlamentsauflösung, Ernennung des ehemaligen obersten Richters Habibur Rahman zum Leiter der Übergangsregierung.

Juni: Parlamentswahlen. Awami League unter Sheikh Hasina Wajed wird stärkste Partei. Um die absolute Mehrheit der Parlamentssitze zu erhalten, ist sie auf Unterstützung der Jatiyo Party angewiesen.

Sheikh Hasina Wajed ist Premierministerin.

September: Shahabuddin Ahmed ist Staatspräsident.

Dezember: Premierministerin Sheikh Hasina Wajed und der indische Premierminister HD Deve Gowda unterzeichnen den Farakka-Vertrag mit einer Laufzeit von 30 Jahren, der die Bangladesh zustehende Menge am Gangeswasser im Zeitraum 1. Januar bis 31. Mai eines jeweiligen Jahres regelt.

1997

Januar: Der High Court in Dhaka erklärt die vom Parlament im November 1996 verabschiedete Indemnity (Repeal) Ordinance für rechts und gleichzeitig die Indemnity Ordinance von 1975 für rechtswidrig. Damit ist der Weg frei für die Bestrafung der mutmaßlichen Mörder Mujib ur Rahmans.

März: Bangladesh und Indien vereinbaren auf einer Sitzung der Joint Economic Commission die Zugverbindung zwischen Benapole (Bangladesh) und Petrapole (Indien) wieder herzustellen, die nach dem indisch-pakistanischen Krieg von 1965 geschlossen wurde.

Juni: Die Grundkonturen für eine Friedenslösung des seit nunmehr 23 Jahre andauernden Konflikts zwischen der Regierung in Dhaka und den Shanti Bahini in den Chittagong Hill Tracts zeichnen sich ab.

zusammengestellt von Martin Peter Houscht